

Rheinische Volkszeitung

Wiesbadener Volksblatt

Telegr.-Adr.: Volkszeitung Wiesbaden

Mittwoch

Fernsprecher: 6030 Amt Wiesbaden

Mit religiösem Sonntagsblatt

„Rheinische Volkszeitung“ erscheint täglich vormittags 11 Uhr, außer an Sonn- und Feiertagen, in Wiesbaden, Friedrichstraße 30. Zweig-Geschäftsstellen in Dettmold (Ott. Eichen), Marktstraße 9 und Ettville (H. Fabig Witwe), Ecke Gutenberg- und Lammstraße.
Verantwortlich: Für Politik und Redaktion: Hauptgeschäftsführer Dr. phil. Franz Geurke; für den anderen redaktionellen Teil: Julius Etienne-Dettmold; für Geschäftsliches und den Anzeigenteil: H. J. Dahmen; Verlag: Hermann Rauch in Wiesbaden.

1
Mai

Bezugspreis für das Vierteljahr 3 Mark, für den Monat 1 Mark, frei ins Haus; durch die Post für das Vierteljahr 3,42 Mark, monatlich 1,14 Mark mit Beleggeld. — Anzeigenpreis: 20 Pfg. für die letzte Zeile, für auswärtsige Anzeigen 30 Pfg., Reklameweile 1,50 Mark; bei Wiederholungen wird entsprechender Nachlass gewährt. Schluss der Anzeigen-Aufnahme: Für größere Anzeigen am Abend vor dem Erscheinungstage um 6 Uhr, für kleinere Anzeigen morgens 9 Uhr.
Postfach-Konto: Nr. 1632 beim Postbeamten Frankfurt a. M.
36. Jahrgang

Denkmalsende

Mit lebhaftem Vergnügen hat wohl jeder Deutsche vor wenigen Wochen davon Kenntnis genommen, daß bei unserem ersten Ostfrontvorkriegsdenkmal in Gummi und Kupfer Mengen erhoben worden sind, die den Verleumdern für mehr als ein Jahr befriedigen könnten. Man hat doch mit Bestimmtheit hoffen, daß angesichts solcher Zeugnisse keine neuen Eingriffe in die privaten und öffentlichen Betriebe erfolgen würden. Was wir bisher erlebt haben, war keineswegs erfreulich. Man nahm uns aus unseren Häusern, was wir nachher noch brauchen würden, und ließ uns in die Kasse nach neuen Töpfen gehen, mußten wir annehmen, daß der für sehr gute Töpfe gezahlte Preis kaum hinreichte, um zwei minderwertige zu beschaffen. Die Kriegsgesellschaften distanzieren sich und bündeln, welchen Preis sie für das Metall zahlen, bisweilen aber vergaß es der „Kocher von Staat“, den Bäckern und Schreibern, die sich auf den Denkmalsmarkt warfen, ihr untaugliches Handwerk zu legen. Und der schlichte Bürger war bei diesem Handel der Geleierte. Kann anders ging es anlässlich der Beschlagnahme der Wägen zu. Es kam zu lebhaften Auseinandersetzungen in verschiedenen Parlamentsausschüssen und in der Presse, wobei sich herausstellte, daß die Militärverwaltung gute Preise zahlte, wenn es sich um Daimler und Konforten handelte, daß man aber in den meisten anderen Fällen sehr zu haushalten verfuhr. Die Kriegsgemeinden haben ihre Gloden verloren, wieviel sie darauf für neue Gloden zahlen werden, wird sich ja finden. Nun kommen die Denkmäler an die Reihe. Die Hoffnung des deutschen Volkes war also von langer Dauer. Zwar heißt es, daß genügend Metall für den Denkmalsbedarf vorhanden sei, doch müßte mit dem Metall gerechnet, und deshalb unter Bedarf für lange Zeit mit vollkommener Sicherheit gedeckt werden. Der kluge Mann baut vor. Und wenn der Kochtopf für die Fortführung des Krieges beizubehalten hatte, wenn das Geld der Gloden verkommen mußte, dann ist es nur noch und billig, daß die Tage der Denkmäler gezählt sind.

Es geht immer anders, wie es eigentlich gehen sollte. Wenn man die Preisfrage stellen würde, was zuletzt der Beschlagnahme unterliegen sollte, ob das Haushaltungsgeschäft, die Gloden oder die Denkmäler, so würde wahrscheinlich kaum jemand an die Denkmäler gedacht haben. Diese hätten wahrscheinlich die ungeheure Mehrheit der Stimmen für sofortiges Einschmelzen auf sich vereinigt. Auf anständiger Weise wird nun so manche Stadt und so manche Gemeinde Standbilder los, die ihr weder zum Schmuck, noch zum Nutzen waren. Lange Jahre, ja Jahrzehnte war ganz Deutschland von einer Denkmalssepie demie befallen. Wenn irgendwo ein Mann sich mehr oder weniger große Verdienste erworben hatte, so wurde ihm ein Denkmal errichtet. Und das, obwohl die Denkmäler jedesmal verfallenen, daß derselbe Gedanke sich ein „Denkmal dauernder denn Erz“ in den Bergen der Gemeinde oder des Staates aufzurichten habe. Fast jedes Dorf erhielt ein Denkmal zur Erinnerung an die gefallenen Krieger. So hat man es begrüßt, wenn jene Denkmäler uns die Einigkeit des Reiches gebracht haben, gebührend geehrt wurden, so fragte sich man nun noch, ob das nicht auf würdevollere Weise möglich gewesen wäre. In den Städten etwa nach dem Bau von Kirchen, an kleineren Orten nach der Ausmalung von Kirchenfenstern. Aber immerhin man hätte sich mit den Denkmälern nicht so gut abfinden können, wenn sie nicht in den meisten Fällen allen Gesetzen der Kunst und der Ästhetik widersprochen hätten. In den letzten Jahren vor dem Kriege hatte freilich die Seuche etwas ab. Aber man hat nun einmal die meisten öffentlichen Plätze verunstaltet, man konnte doch nicht diese Unsterblichen wieder beseitigen. Die lange Dauer des Krieges gibt jetzt erwünschte Gelegenheiten, dem verfallenen jüdischen Irrtum auszuweichen und die schöne Natur von manchen entstellenden Flecken zu reinigen. Und wenn die Denkmäler einmal eingeschmolzen sind, andere werden nicht so schnell wieder kommen. Die neue Zeit verlangt neue Entscheidungen. Wir werden im Frieden als Vorkämpfer an die große Zeit Gotteshausverleumdungen, Volksparks und Kindererlebensplätze schaffen. Wägen und Gloden und Erlebensplätze nach diesem Kriege gebrauchen wir nicht, aber Denkmäler, welche die Gegenwart

nicht vorübergegangen ist, wenn die Hausbesitzer die Türflügel abschrauben müssen, wenn alle Bodenwände der luxuriösen Einfassung beraubt werden, dann wäre es eine Verleumdung am Staat, wenn wir an den doch sicherlich ertragreicheren Denkmälern vorbeigehen. Kann es für die höhere Bestimmung geben, als in schwerer Zeit dem Vaterlande zu dienen? Sie sollten uns ja in Friedenszeiten Liebe zum Vaterlande, Idealismus und Arbeit an dem Gemeinwohl lehren, nun mögen sie mit dazu beitragen, die Metallnot des bedrohten Landes zu beheben. Dann ist das Bemühen jener Generation, die in der Errichtung von Denkmälern eine Hauptaufgabe sah, doch nicht umsonst gewesen, dann war es — wenn auch unbewußt — eine Rührung für die kommenden schweren Tage.

Der deutsche Bericht

Großes Hauptquartier, 30. April. (H. J. P. Amlich.)

Weißlicher Kriegshauptquartier:

Auf dem Schlachtfeld in Flandern entwickelten sich in einzelnen Abschnitten lebhafteste Infanteriekämpfe. Nördlich von Boormezele und Groote Dierstraat nahmen wir mehrere englische Stücken. Bei Poler in die feindlichen Gräben eingebrachte Sturmabteilungen riefen mit starken französischen Gegenangriffen zusammen. Im Laufe dieser Kämpfe konnte sich der Feind in Vorkesseln. Seine Verluste, über den Ort vorzudringen, scheiterten. Die tagsüber starke Artillerietätigkeit dehnte sich auf das ganze Gebiet des Kemmel aus und hielt bis zur Dunkelheit an.

An der übrigen Front blieb die Gefechtsintensität auf Erhebungen und zeitweilig ausbrechendes Artilleriefeuer beschränkt.

Während der Nacht und Dämmerung brach ein nach mehrstündiger Artillerievorbereitung erfolgter feindlicher Vorstoß vor unseren Linien zusammen.

Abendbericht

Berlin, 30. April. (H. J. P. Amlich.) Von den Kriegshauptquartieren nichts Neues.

Deutschland unbefriedigt

Berlin, 30. April. (H. J. P. Amlich.) „Dalla Mail“ vom 18. April enthält folgende bemerkenswerte Äußerung zu den Verlusten durch den U-Bootkrieg: Es wird vorgeschlagen, Tausende von Arbeitern für die Verfertigung und die Schiffbauindustrie zurückzubringen. Es ist klar, daß nur junge und kräftige Leute hierfür in Frage kommen, denn alte Leute können die durch die U-Bootstätigkeit verursachten bedenklichen schweren Verluste nicht wieder gut machen. Man kann aber nicht zugleich ein großes Schiffsbauprogramm durchführen und eine große neue Armee aufstellen. Hierzu kommt noch, daß die englischen Truppen in der ganzen Welt von Vandalen bis nach Hongkong verstreut stehen und überall mit Nachschub und Proviant versehen werden müssen. So werde Englands nationale Kraft auf das Äußerste angespannt. Sie gleicht einem Licht, das von beiden Seiten angezündet, doch bei der drohenden Niederlage der gegenwärtigen Gewalt über jedes Mittel bereit. Doch nicht die Stunde kommen, daß ein zweiter Vordringen, der 1778 im Unterbaue die Unmöglichkeit Amerika zu besetzen bewies, den jetzigen Vordringen Englands folgen wird: Man kann Deutschland nicht besiegen.

Der Geländegewinn
Berlin, 30. April. (H. J. P. Amlich.) Innerhalb fünf Wochen eroberten die Deutschen während der großen Offensiven über 4100 Quadratkilometer. Die Entente konnte in der neunfachen Zeit, d. h. in 44 Wochen während ihrer Offensive 1918 und 1917 an der Somme bei Arras und in Flandern im ganzen 361 Quadratkilometer gewinnen. Die Deutschen erzielten also in einer viel kürzeren Zeit das 7½-fache des Geländegewinns der Entente. Nach dem englischen Bericht vom 12. April soll die 7. deutsche Division vollständig aufgerieben worden sein. Das Bemühen der Entente, durch das Vordringen großer deutscher Verluste die nächste Stimmung der eigenen Länder zu heben, ist sehr verständlich. Es sei jedoch zur Beleuchtung der Unverlässigkeit solcher englischer Überlieferungen Verhältnisse festzustellen, daß die am 10. April aufgeriebene 7. deutsche Division am 25. April 21.000 Mann zusammen hat.

Der österreichische Bericht

Wien, 30. April. (H. J. P. Amlich.) Wird veröffentlicht: Die Gefechtsintensität an der Südbahfront nahm wieder beträchtlich zu. An der Pässe wurden mehrere Vorstöße des Feindes abgewiesen.

Saberg erobert

Berlin, 30. April. Das finische Hauptquartier meldet: Saberg ist erobert.

Der Mörder Princip gestorben

Wien, 30. April. (H. J. P. Amlich.) Die Wälder melden, daß gestern in der Gegend Thierstein Cavalo Princip, der Mörder des Erzherzogs Ferdinand und seiner Gemahlin gestorben ist.

Der Kampf um das gleiche Wahlrecht

Stürmische Debatten im Abgeordnetenhaus — Ein Vorstoß des Abgeordneten Spee — Reden Hertling und Friedberg — Die Regierung besteht auf dem gleichen Wahlrecht — Die Abstimmung erfolgt heute.

Vor der Entscheidung

* Der Kampf um das gleiche Wahlrecht in Preußen hat jetzt seinen Höhepunkt erreicht. Es soll und wird sich nun entscheiden, ob wir einer Zeit der innerpolitischen Ruhe entgegengehen oder ob wir vor gewaltigen Erschütterungen stehen, deren Konsequenzen unvorhersehbar sind. Auch die Gegner der Vorlage werden sich mittlerweile des Ernstes der Situation bewußt geworden sein. Für die Regierung gibt es kein Zurück mehr, sie wird zur Auflösung des Abgeordnetenhauses greifen, um ihren Willen und den Willen der Krone durchzusetzen. Schon von diesem Gesichtspunkte aus gesehen, muß es bedauerlich werden, daß ein Abgeordneter der Zentrumsparität, Graf Spee, dem Hause eine ungeheure Sensation bereitet, indem er den Antrag stellt, die Beratung der Wahlvorlage bis nach dem Kriege zu vertagen. Es sei dahin gestellt, ob das Mitglied einer großen Fraktion das Recht hat, auf eigene Faust so weitgehende Anträge zu stellen. Umso mehr dann, wenn die Ausfertigung eines solchen Antrages von vornherein feststeht. Der Führer der Zentrumsfraktion Dr. Vorst hat zweifellos Recht, wenn er die Zweckmäßigkeit der Vorlage während des Krieges in Zweifel zieht. Aber ebenso wird man ihm beifallen müssen, daß der Antrag eine Unmöglichkeit ist. Nachdem die Entwicklung so weit gekommen, muß die Frage des Wahlrechtes jetzt endgültig entschieden werden. Graf Spee erlebte dann auch mit seinem Antrage eine gewaltige Enttäuschung: nur 66 Abgeordnete sprangen ihm bei, während sich 333 Stimmen gegen den Antrag aussprachen. So sehr wir die Freiheit des einzelnen Abgeordneten zu verteidigen geneigt sind, dieser Seitenhieb wird in Zentrumskreisen wenig Verständnis finden.

Der Abgeordnete Lohmann hat jüngst auf dem nationalliberalen Preuentag erklärt, ein Widerstand um des Widerstandes willen sei zwecklos. Man mag über ein solches Wort denken, wie man will, im vorliegenden Falle hat es eine gewisse Berechtigung. Jeder Widerstand ist heute sinnlos geworden. Das ergab sich unzweifelhaft aus den Reden Hertlings und Friedbergs, die der Durchführung des Königswortes ihre ernsteste Aufmerksamkeit widmen werden. Kommt es zur Ablehnung des gleichen Wahlrechtes und damit zur Auflösung des Abgeordnetenhauses, so ergeben die Neuwahlen eine Mehrheit für das gleiche Wahlrecht. Insbesondere die Konservativen werden sich alle Folgen klar zu machen haben. Sie waren es bisher gewohnt, daß in jedem Wahlkampf der ganze Beamtenapparat zu ihrer Verfügung stand. Insbesondere die Landräte bildeten das Rückgrat der konservativen Wahlpolitik. Bei Neuwahlen unter der Farge des gleichen Wahlrechtes müßten aber sämtliche Landräte als politische Beamte mit ihren Kreisblättern und untergeordneten Stellen für die Regierung und damit gegen die Konservativen arbeiten. Dann würde sich die Zahl der konservativen und freikonservativen Abgeordneten so sehr vermindern, daß eine erdrückende Mehrheit für das gleiche Wahlrecht zustande käme. Man könnte es eigentlich den Konservativen, die bisher so sehr die öffentliche Stimmung abgab, vertreten, ohne deren Widerstand wir längst auch in Preußen gebührende Wahlen hätten, gönnen, wenn sie nun für ihre eigenen Fehler, für ihre

Darüber, eine exemplarische Strafe erhielten. Eine Mehrheit für das gleiche Wahlrecht würde auch dann zustande kommen, wenn die Mitglieder der Regierungsvorlage auf ein festes Abkommen verzichteten. Aber auch das würde kaum der Fall sein.

So mögen denn die Konservativen in letzter Stunde beherzigen, was Graf Hertling ihnen eindringlich gesagt hat. Das gleiche Wahlrecht ist nicht mehr zu verhindern, also müssen Sicherungen geschaffen werden. Und die Regierung ist bereit, nach dieser Richtung hin mit sich reden zu lassen, sie sieht Vorschläge aus dem Hause entgegen. Einen anderen Weg gibt es nicht mehr. Das gleiche Wahlrecht kommt; muß es unter schweren Kämpfen durchgesetzt werden, dann schwinden die Ansichten auf die Erlangung von Sicherungen. Krone und Regierung müssen nun einmal das Prinzip: „Jedem Wähler eine Stimme“ durchsetzen. Im übrigen aber haben sie noch vollständig freie Hand. Verfassungsmaß kann das Verhältnis von Staat und Kirche, von Staat, Kirche und Schule, sowie manches andere festgelegt werden. Aus den Auswertungen Hertlings geht mit aller wissenschaftlichen Deutlichkeit hervor, daß nach dieser Richtung hin sehr viel erreicht werden kann. Die verschiedenen Reden des radikalsten Unabhängigen, des Abgeordneten Koßl Soßmann, sind dazu angetan, vielen die Augen zu öffnen. Geht es nicht mehr an, das Erscheinen von 130 und mehr Hoffmannern im künftigen Abgeordnetenhaus zu verhindern, so wird man den letzten Augenblick benützen, um die Entscheidung über die höchsten staatlichen, religiösen und kulturellen Güter nicht ganz in das Belieben des Radikalismus zu stellen. Gar zu oft haben sich die Konservativen im Preussischen Abgeordnetenhaus als kleines Geschlecht bewährt, die Vorwürfe des Staatsministers Dr. Friedberg nach dieser Richtung hin sind leider nur zu berechtigt. Noch einmal liegt die Entscheidung über Preußens Zukunft in der Hand des Herrn von Heubrand und Genossen. Sie können nicht mehr alles retten, dazu ist es zu spät. Aber noch haben sie die Möglichkeit, viel zu gewinnen oder alles zu verlieren. An der Zentrumspolitik des Preussischen Abgeordnetenhauses mögen sie in der letzten Minute ihre eigene Politik orientieren.

*

Berlin, 30. April.

Am Ministertisch: Graf Hertling, Vizepräsident Dr. Friedberg, Drenow, Herrgott, v. Uffenhart-Kohe. Die Tribünen sind überfüllt, das Haus ist sehr heiß.

Präsident Graf v. Schwerin-Schmig eröfnet die Sitzung um 11.30 Uhr.
Auf der Tagesordnung stehen: 1. Die Gefechtsintensität, betreffend die Wahl zum Abgeordnetenhaus; 2. der Gesetzentwurf über die Aufhebung der Herrenhäuser und 3. der Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung der Artikel 63 und 69 der Verfassung.

Abg. Graf Spee (Zentr.) zur Gesetzentwurf: Ich beantrage, die Punkte 1, 2 und 3 der Tagesordnung abzulehnen und die Beratung der Angelegenheit bis nach Friedensschluss zu vertagen. (Große Bewegung im ganzen Haus, stürmischer Beifall rechts, bester Widerstand links, allgemeine Erregung.) Ich stelle den Antrag durchaus auf eigene Faust. (Große lebhafteste Erregung.) Im vollen Ernst nehme ich das auf mich. Der Redner weist dann darauf hin, daß der Reichsanwalt v. Bethmann-Hollweg seinerseits im Abgeordnetenhaus erklärt habe:

daß die Wahlreform erst nach dem Kriege erfolgen könne. (Beifall links, bester.) Auch in der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß noch Millionen drängen im Reich hien, und daß im internationalen Interesse die Reform hinausgeschoben werden müsse. Wollen Sie denn unter solchen Umständen, die an der Front stehen? Die Annahme meiner Anfrage würde an der Front wie eine Erleuchtung wirken. (Beifall links, bester.) Ich komme von der Front. Dort begreift man die verdammt die Lebenswirklichkeit des Reichstags nicht. (Lärm links und im Zentrum.) Dort begreift man diese innerpolitischen Kämpfe nicht, während alles darauf ankommt, einmütig und brüderlich zusammenzukommen. Der Kampf im Innern kühlt die Widerstandskraft unserer Heinde und vermindert das unnütze Blutvergießen.

Präsident v. Schwerin-Schmig: Ein Antrag wie der vorliegende ist seit langer Zeit nicht gestellt worden. Es liegen aber bestimmte Vorarbeiten vor. In einem solchen Fall hat der damalige Präsident die Begründung des Antrags ausgelassen.

Abg. Graf Spee (Zentr.): Selbst wenn das gleiche Wahlrecht hier angenommen würde, so wäre es ein Putsch. Was würden Sie dann erreichen? Politische Kämpfe, politische Debe durch das ganze Reich. Der Redner wendet sich an den Ministerpräsidenten und erklärt, auch der Kaiser würde sich wohl auf den Standpunkt dieses Antrags stellen, nach dem folgen Kaiserwort: „Ich teile keine Parteien mehr.“ Ich war begeistert von der Stimmung da draußen. Ich wünsche Ihnen alles, Sie hätten das mitgemacht. Sie hätten sich alle auf den Standpunkt meines Antrags. Wollen Sie die Begeisterung aus sich werfen, zeigen Sie unseren Heiden, daß wir hier einig sind. Gehen Sie in den Sturmgegend! (Beifall links, bester.) Bisher links und im Zentrum. — Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion Dr. Vorst redet auf den Abg. Graf Spee an.)

Vizepräsident des Staatsministers Dr. Friedberg: Der Vorschlag des Herrn Spee ist wohl für das ganze Haus, sogar für seine eigenen Parteifreunde aber sehr bedauerlich. Er hat aber auch die Regierung überfallen. (Hört, hört!) Der Vorschlag mag aus patriotischer Gesinnung hervorgehen, aber ich glaube nicht, daß seine Annahme diesen Erfolg haben würde. (Schreie links und im Zentrum.) Jetzt eine Vorlage, die schließlich angefangen worden ist, und in deren Beratung wir mitten drinstecken, auf eine ganz unbestimmte, unabweisbare Zeit zurückzustellen, würde den inneren Frieden unseres Volkes aufs tiefste gefährden. (Stürmische Zustimmung links und im Zentrum, große Lärm rechts.) Die Regierung kann dafür die Verantwortung nicht übernehmen und würde die Annahme des Antrags mit den äußersten verfassungsmäßigen Konsequenzen beamtorten. (Beifall links und im Zentrum, großer Lärm rechts.)

Abg. Dr. Vorst (Zentr.): Die Annahme, daß der Antrag eine Hebeverachtung aus für das Zentrum sein würde, trifft leider nicht zu. Graf Spee hat den Antrag vielmehr in der Bräutungsstimmung eingebracht, in der einmütig und dringend gebeten worden, den Antrag zurückzulegen. (Hört, hört, links.) Er hat ihn auf eigene Faust gestellt. Nun kann man verschiedene Meinungen darüber sein, ob es zweckmäßig war, im Kriege diese Vorlage einzubringen. (Hört, hört, rechts.) Aber nachdem von einem großen Teil des Volkes die Entscheidung dieser Vorlage gewünscht wird, erhebe ich mich um möglichst diesen Antrag anzunehmen. Meine Freunde werden ihn daher ablehnen. (Beifall links, bester.)

Abg. Dr. Vahne (Volksf.): Ich kann das Bestreben nicht unterdrücken, daß der Präsident die Grenze der geschäftsförmlichen Verhandlungen

ding des Antrags so weit gezogen hat, daß der Antragsteller von der verordneten Friedensentscheidung des Reichstags hat sprechen können. (Zurufe links: Unrecht! Ständel; sehr richtig rechts.) Der Antrag ist ein Dohn auf die Krone. (Stürmischer Widerspruch rechts, lebhafter Zustimmung links.) Ein Dohn auf das Staatsministerium und ein Dohn auf das Land. (Stürmischer Beifall links.)

Präsident v. Scherwin-Kowig: Ich bitte meine Handhabung der Verfassung nicht einer solchen Kritik unterziehen zu wollen. (Zurufe links: Sehr berechtigt!) Der Antragsteller hat sich durch sein Verhalten der Begründung für seinen gesetzwidrigen Antrag gehalten. (Widerstand links.)

Hr. Adolf Hoffmann (Unabh. Soz.): Wenn Graf Spee an der Front eine führende Stellung haben sollte, würde ich das nach seinem Auftreten hier sehr bedenklich halten. (Zurufe rechts: Während seiner Rede machte er den Eindruck, als ob er ohne Nachdruck direkt aus dem Offizierskafino gekommen wäre. Großer Lärm und Zurufe rechts; Ordnungsruf des Präsidenten.) Man sollte den Grafen Spee einem Disziplinarverfahren übergeben. (Neuer Lärm und Zurufe rechts.) Zweiter Ordnungsruf des Präsidenten.) Wird der Antrag angenommen, so würde ich die Kämpfer an der Front auffordern, bis zur Einführung des gleichen Wahlrechts den Kampf einzuleiten. (Großer Lärm und Zurufe. Zurufe rechts: Mause! Ruchhaus, Hochverräter! Landesverräter! — Präsident Graf Scherwin-Kowig: Wegen dieser die Befehle des Hauses und des ganzen Landes tief verletzenden Äußerungen rufe ich Sie zum dritten Male zur Ordnung. Beifall. Ich bitte, die Verhandlungen über eine so ernste bedeutungsvolle Frage in einem Ton zu führen, der der Bedeutung der Sache entspricht. (Zurufe links: Verdammt Friedensresolution!) Ich habe überhört, daß Graf Spee von einer verdammt Reichstagsresolution gesprochen hat. Ich muß diesen Ausdruck als verächtlich für einen Teil der Reichstagsabgeordneten rufen. Im übrigen kann ich mitteilen, daß auch ich von dem Antrag des Grafen Spee überrascht worden bin. (Zurufe links: Unangenehm!)

Hr. Diersch (Soz.): Wenn wir jetzt so ernste Debatten führen müssen und dabei Einigungen vorgekommen sind, so trägt die Schuld daran allein der Graf Spee. In seinem Verhalten der Welt würde ein Abgeordneter den Mut haben, in einer so entscheidenden Frage in dieser Weise das gesamte Volk herauszufordern. Herr Graf Spee hat gezeigt, was das Volk zu erwarten hat, wenn das Dreiklassenwahlrecht weiter bestehen bleibt. Die Annahme des Antrags würde das Gegenteil von dem herbeiführen, was Graf Spee gebot hat. Der Siegeswille an der Front würde dadurch schwer beeinträchtigt werden.

Hr. Lohmann (natl.): Meine Freunde werden geschloffen gegen den Antrag Spee stimmen. Wir haben große Bedenken gegen die Einbringung der Vorlage. Da aber die Vorlage eingebracht ist, muß es jedem Einsichtigen klar sein, daß die Staatsregierung verpflichtet wäre, auf eine Annahme dieses Antrags mit der Auflösung des Hauses zu reagieren. Das hätte sich Graf Spee selbst sagen müssen. (Lebhafter Zustimmung.)

Hr. v. Heidebrand (konf.): Wir bedauern alle, daß diese Vorlagen und vortragen. Wir waren aber heute alle bereit zur Beratung der Vorlagen. Vieles, was Graf Spee in seinem überaus lebhaften Vortrag gesagt hat, hat auch bei uns berechtigtes Interesse gefunden. Da aber der Antrag für uns eine Ueberrumpfung bedeutet, so beantrage ich die Vertagung der Sitzung um eine Stunde, damit wir uns schlüssig werden können.

Hr. Hoffmann (Unabh. Soz.): Ich bitte diesen Antrag abzulehnen, da er auf eine Verschleppung hinausläuft.

Hr. Bräut (natl.): Wir schließen uns dem Antrag des Abg. v. Heidebrand an.

Hr. Dr. Bach (natl.): Nehmen wir den Antrag des Abgeordneten v. Heidebrand ab! Es heiße dem Antrag des Grafen Spee zu viel Ehre antun.

Hr. Dr. Porich (natl.) stimmt der Unterbrechung der Sitzung um eine Stunde zu.

Hr. Lohmann (natl.) erklärt, der Antrag werde nicht, daß man deshalb die Sitzung aussetze.

Bei der Abstimmung wird mit den Stimmen der Konservativen, Freikonservativen und eines Teils des Zentrums der Antrag auf Unterbrechung der Sitzung um eine Stunde angenommen.

Nach einstündiger Pause werden die Beratungen über den Antrag Spee wieder aufgenommen.

Hr. K. B. (natl.): Der Antrag des Grafen Spee hat bewiesen, eine wie große Schuld die königliche Staatsregierung auf sich geladen hat, indem sie diese Vorlage eingebracht hat. (Lebhafter Zustimmung rechts und stürmischer Widerspruch links.) Dieser Antrag wird die Ängste des ganzen Volkes in ganz Deutschland darüber offenbaren, daß sich solche Dinge hier abspielen konnten. Die Verantwortung hierfür trägt in erster Linie die königliche Staatsregierung. (Lebhafter Zustimmung rechts und erneuter harter Widerspruch links.) Der

Antrag des Grafen Spee ist eine Tat, die in den Herzen meiner Freunde lebhaften Widerstand gefunden hat und die auch in weiten Kreisen des deutschen Volkes verurteilt wird. Draußen steht ein anderer Mann, da ist ein Geist der Unversicht und der Eitelkeit. Der Antrag des Grafen Spee können wir allerdings nicht zustimmen. (Widerstand.)

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg: Welches Schicksal dieser Antrag haben mußte, war innerhalb und außerhalb dieses Hauses klar. Ich muß dagegen Verwahrung einlegen, wenn der Antrag der Regierung der Abg. K. B. den Mut hat, die königliche Staatsregierung... (Erneuter Lärm rechts.) Sie sind bereits soweit gekommen, daß Sie die Staatsregierung überhaupt nicht mehr reden lassen wollen. (Lebhafter Zustimmung links und erneuter Lärm rechts.) Ich muß den Vorwurf, daß die königliche Staatsregierung durch Einführung dieser Vorlage gemäß der königlichen Befehle eine schwere Schuld auf sich geladen habe mit allem Nachdruck zurückweisen. Die Verantwortung muß ich denen zurückgeben, die von dem Volke längst gestellte Forderungen verweigern. (Lebhafter Zustimmung links und Lärm rechts, erneuter lebhafter Zustimmung links.)

Hr. v. Heidebrand (konf.): Ich kann dem Abgeordneten K. B. nicht anrechnen, daß er lebhafter Zustimmung rechts und Widerspruch links, daß er die Verantwortung dafür, daß in dieser schweren Zeit sich diese inneren Kämpfe abspielen, denen zuweist, die diese Vorlage eingebracht haben. Das habe ich schon während der Debatten wiederholt ausgesprochen. Auch alle meine politischen Freunde sind mit Herrn K. B. darin einig, daß sie die Größe anerkennen und den hohen Patriotismus, der aus den Worten des Herrn Abgeordneten Grafen Spee spricht. Aber wir weisen auch von unserer Seite die Art und Weise zurück, in denen hier die Ausführungen gemacht worden sind. Die große Mehrheit meiner Freunde wird allerdings gegen den Antrag stimmen, denn nachdem die Verhandlungen soweit gediehen sind, ist es auch notwendig, daß wir die Konsequenzen daraus ziehen.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg: Herr v. Heidebrand hat, wenn auch in wilder Form, die Vorwürfe, die Herr K. B. der königlichen Staatsregierung gemacht hat, wieder aufgenommen. Darüber zu sprechen, war ich Gelegenheit bei der sachlichen Beratung und nicht im Rahmen der Geschäftsordnungsdebatte. Ich muß aber doch sagen, daß dieser Vorwurf aus dem Munde eines Abgeordneten am allerwenigsten berechtigt ist, den seinerseits die schwere Schuld trifft, daß jahrelang in diesem Hause eine Wahlreform nicht zustande gekommen ist. (Stürmischer Beifall links und Lärm rechts.) Wenn die königliche Staatsregierung in dieser Weise angegriffen wird, dann dürfen Sie sich auch nicht wundern, wenn sie sich auch zur Wehr setzt. Denn so weit ist es wohl bei uns noch nicht gekommen, daß dem Minister seiner Majestät des Königs hier im Hause der Mund verboten ist. (Lebhafter Zustimmung links.) Gerade Herr v. Heidebrand trägt die Schuld dafür, daß nicht eine Reform zustande gekommen ist, und daß diese Reform in diese schwere Zeit hineinfällt. (Lebhafter Zustimmung links.)

Hr. Hoffmann (Unabh. Soz.): Wir müssen eigentlich dem Grafen Spee herzlich dankbar dafür sein, wie er dem Volke die Augen geöffnet hat. Die Wirkung wird eine ganz andere sein, wie er es erwartet hat. Besser konnte das Volk gar nicht aufmerksamer gemacht werden als durch diesen Antrag. Wir sind Ihnen aber weiter für einen guten Willen dankbar. Sie haben uns gezeigt, wie man eine Regierung behandeln muß, wenn sie nicht zu Willen ist. (Großer Beifall.)

Hr. Graf Spee (natl.): Die sichere Ablehnung meines Antrags ist bedauerlich. Ich habe aber fest, daß ich nicht aus sachlichen Gründen geschied. (Sehr richtig!) Unrichtig ist es, wenn man mir die Schuld dafür in die Schuhe schieben will, daß der Abgeordnete Adolf Hoffmann hier unehrliche Ausführungen macht. Wenn ich sollte es führen, wenn man die Stellung von Kämpfen davon abhängig machen wollte, daß Herr Hoffmann ausfallen würde, dann! (Sehr laut!) Es können sich die Verhältnisse auch so entwickeln, daß die Regierung selbst einmal zu meinem Antrag zurückkommt. (Beifall.)

Hr. Bach (natl.): Ich kann nun den Antrag auf namentliche Abstimmung stellen lassen. Die Regierung trifft keine Schuld, sondern ein Verbrechen, daß sie die Vorlage eingebracht hat. Es ist das richtige Wort zur richtigen Stunde. Die Schärfe ist von ihnen hineingebracht worden, die nur ihren Parteibetrieb führen wollen, weil sie bei Neuwahlen zurücktreten werden würden.

Hr. Hoffmann (Unabh. Soz.): Auch ich kann den Antrag auf namentliche Abstimmung zurückgeben. Wenn Sie sich harnieren wollen, so tun Sie es gefälligst selbst. (Beifall.)

Hr. v. Heidebrand (konf.): Wir wollen

keine Unklarheit lassen, deshalb nehmen wir den Antrag auf namentliche Abstimmung auf.

Hr. Porich (natl.): Die Abstimmung ist zweifellos zulässig. Als in früheren Jahren von Hindernis befreit worden war, das Reichstagswahlrecht auf Vorschlag zu übertragen, da hätte die Räte den Antrag, die Vorlage auf sechs Monate zurückzustellen. (Dort, dort!) Das geschah. Aus den sechs Monaten ist inzwischen eine etwas längere Zeit geworden. (Beifall und Zustimmung.)

Ablehnung des Antrags Spee
Die namentliche Abstimmung wird vollzogen. Sie ergibt, daß 66 für und 333 Abgeordnete gegen den Antrag des Abgeordneten Graf Spee stimmten. Ein Abgeordneter enthält sich der Stimmabgabe. Der Antrag auf Vertagung der Vorlage bis zum Frieden ist somit abgelehnt.

Darauf tritt das Haus in die sachliche Beratung ein.

Hr. Bell (natl.) berichtet über die Verhandlungen in der Kommission.

Ministerpräsident Graf Hertling:

Die Vorgänge in der heutigen Sitzung können ja gewisse Zweifel erregen, ob wir noch zu einer Verständigung über die uns jetzt beschäftigende Materie gelangen. Aber, gerade diese Vorgänge und die lebhafteste Erregung, die sich heute kundgegeben hat, haben doch gezeigt, wie stark innerhalb dieses Hauses auf allen Seiten das Gefühl der Verantwortung ist, mit dem Sie der heutigen Entscheidung entgegengetreten. Dieses Gefühl der Verantwortung, meine Herren, das ich also nicht erst hervorzuheben brauche, wie ich voraussetzen darf, gibt mir die Hoffnung, daß es doch noch möglich sein wird, zu einer Verständigung zu gelangen. (Beifall links und in der Mitte.) Daß die jetzt so weit auseinanderliegenden Meinungsverhältnisse zu einer einheitlichen Zusammenfassung werden können. (Erneuter Beifall.) Daß der Artikel 3 in der Fassung, die ihm die Kommission gegeben hat, für die Staatsregierung nicht annehmbar ist, das, meine Herren, werden Sie zweifellos nach den wiederholt abgegebenen Erklärungen der Staatsregierung sich selbst gesagt haben. (Zustimmung.) Auch die gewiß gutgemeinten Anträge des Herrn Abgeordneten Lohmann, der aus den Kommissionsanträgen verschiedene Schärpen beilegt, auch dieser Antrag nimmt dem Wesen nicht den platonischen Charakter, den wir schließlich beibehalten wollen. Ein platonisches Wahlrecht ist unwirklich, aber es geht über das Ziel weit hinaus und verkehrt die vorhandenen Verhältnisse, statt eine Milderung herbeizuführen. Ein platonisches Wahlrecht, das die politischen Rechte abwägt, sei dies direkt oder indirekt, ist heute in unserem Hause nicht mehr möglich. (Lebhafter Zustimmung.) angesichts der unausgelebten Verschiebungen in den finanziellen Verhältnissen, und auch angesichts des Grades der politischen Bildung unseres Volkes. Auf ein platonisches Wahlrecht kann sich die Regierung deshalb nicht einlassen. Es kann sich also nur um das allgemeine, gleiche Wahlrecht in vernünftigen Grenzen handeln, wie sie durch die Vorlage selbst angedeutet sind.

Meine Herren! An dem gleichen Wahlrecht muß grundsätzlich festgehalten werden! (Beifall.) Die Forderung ist gegeben, die Forderung muß eingelöst werden! Und ich bitte zu beachten, daß in den modernen Staaten das politische und das soziale Leben auf dieses Ziel eingestellt ist, daß dieses Ziel des gleichen Wahlrechts in einer ganzen Reihe von modernen Staaten bereits erreicht worden ist, in manchen Staaten weit hinausgehend über das, was der Ihnen vorliegende Entwurf vorschlägt. (Sehr wahr!) auf der äußersten Linken.) Es ist auf der Rechten nicht möglich, daß sich Brechen dieser tiefen Bewegung entzieht, daß in Brechen das gleiche Wahlrecht dauernd ausgeschlossen sein soll! (Sehr richtig!) links.) Es ist ja auch möglich, gewisse Sicherungen vorzunehmen, um die beabsichtigten, allzu weit gehenden radikalen Folgen des allgemeinen Wahlrechts zu befeuchten. In der Vorlage selbst sind ja bereits derartige Sicherungen enthalten; weitere sind an anderen Stellen wohl noch möglich. Es sind, wie ich höre, Anträge in Vorbereitung, die weitere Sicherungen einführen wollen. (Dort, dort!) auf der äußersten Linken.) Die Regierung wird diese Vorläufe mit allem Ernst und allem Wohlwollen prüfen, und selbstverständlich ist die Regierung die sich dafür einsetzt, das gleiche Wahlrecht zur Durchführung zu bringen, zu gleicher Zeit sich entschlossen, dafür zu sorgen, daß

die befürchteten schädlichen Wirkungen des gleichen Wahlrechts möglichst verhütet werden. (Zustimmung.) Ich weiß nicht, daß dieses Ziel erreicht werden kann. Es ist jedoch überaus wünschenswert, daß Sie jetzt bei dieser Entscheidung kommen. Das öffentliche Leben — wenn das auch nicht immer in der Erscheinung tritt — dreht sich jetzt im Bewußtsein des ganzen Volkes, um die Frage des gleichen Wahlrechts. (Lebhafter Zustimmung links und in der Mitte. Stürmische Zurufe rechts: „Rein!“) Erneute Zustimmung links und in der Mitte.) Ansichten darüber können ja verschieden sein, aber begreiflich ist nicht, ich kann aber nur sagen, daß ich mich bemüht habe, bis in die letzte Zeit möglichst Fassung zu nehmen und mir die Zustimmung in den verschiedenen Volksteilen zur Kenntnis zu bringen. Da ist man mit immer entgegengetreten, die Frage des gleichen Wahlrechts mit zur Entscheidung gebracht werden. (Lebhafter Beifall.)

Es ist heute schon wiederholt darauf hingewiesen worden, wie nötig es ist, die Einmütigkeit, die das Volk in diesem Krieg bewiesen hat, zu erhalten. Unser Volk ist geradezu bewundernswert in seiner einmütigen Haltung. Ich glaube, es wird ein weiterer Schritt zur Stärkung und Erhebung dieser Einmütigkeit sein, wenn wir von allzu weitgehenden Gegenständen in dieser Frage zurücktreten werden. Jetzt verhält sich die Sache so: Jetzt sind wir noch in der Lage, im Falle, die gegeben worden ist, einzulösen, eine schwere Erschütterung befürchten zu müssen. Jetzt kann die Forderung noch eingelöst werden, zu gleicher Zeit diejenigen Sicherungen gegeben werden, die im Interesse des Volkes, unserer Fortschritte des Staatslebens notwendig sind. Das, was wir jetzt geben können, das müssen wir vielleicht, wenn es heute abgelehnt wird, in einer Zeit unter schweren Erschütterungen des Staatslebens, deren Gefahren wir gar nicht übersehen können, uns abbringen lassen. (Dort, dort!) auf der äußersten Linken.) Das gleiche Wahlrecht kommt! Es kommt, wenn nicht heute, so doch in absehbarer Zeit! (Sehr wahr!) Aber es kommt entweder ohne Erschütterungen, oder es kommt mit schweren inneren Kämpfen, und darum kann die Frage jetzt: Wie wollen Sie sich dazu stellen? Wollen Sie jetzt die Hand reichen, die uns dazu führen kann, schwere Erschütterungen zu vermeiden, und solche Sicherungen, die uns vor solchen schweren Erschütterungen in der Zukunft bewahren. Oder wollen Sie die Verantwortung auf sich nehmen, diese schweren Erschütterungen herbeizuführen durch die Ablehnung, die doch das von Ihnen erwünschte Ziel nicht haben kann? (Stürmischer Beifall links und in der Mitte.)

Hr. Heidebrand (konf.): Der Ministerpräsident wünscht eine Verständigung. Aber was er nicht einmal den national-liberalen Antrag zu annehmbar hält, so scheint er eine Verständigung zu dann für möglich zu halten, wenn die Regierungslage angenommen wird. (Sehr richtig.) Er beruft sich auf die Stimmung des Volkes. Aber an dem Tag des stummenden Volkes steht doch in dem Land und wir wollen das allgemeine Wahlrecht, aber wir haben überall im Volk das gleiche Wahlrecht, haben wir nicht gemerkt. Daß das allgemeine Wahlrecht ungenutzbar mit sich bringt, wissen wir. Das Reichstagswahlrecht hat sie. Wir geben aber die gleiche Wahlrecht nach der Stimmung des Volkes. (Sehr richtig.) Ich bitte Sie, heute nicht mehr aufrecht zu stehen. Wir wollen ein Wahlrecht, das dem Mittelstand das Schwergewicht gibt. Das allgemeine Wahlrecht legt das Hauptgewicht auf die anderen Klassen. (Zurufe: Widerspruch.) Man beruft sich auf das Königswort, das erfüllt werden muß. Ich will wohl glauben, daß der König eine Vorlage über ein gleiches Wahlrecht versprochen hat, aber ich habe nicht gesehen, daß der König wünscht, wir sollten uns bei verfassungsmäßigen Rechten der Freiheit der Regierung ergeben. (Lebhafter Zustimmung rechts.) Ich vermute immer noch eine Antwort auf die Frage, ob der König, der die Vorlage über das allgemeine Wahlrecht erließ, auch unterzeichnet worden ist, daß er heute auf Grund von Verhandlungen mit der Regierung eine Mehrheit für ein Pluralwahlrecht haben wird. Das weißt von der Vorlage, die von den Ministern haben. Wir haben immer geglaubt, daß sie sich vor dem König zu stellen hätten, nicht hinter ihn. (Lebhafter Zustimmung rechts.) Ich habe nur unüberwindliche Bedenken: Es wurde nicht so schnell werden! Unter der Herrschaft des gleichen Wahlrechts ist auch der Kulturfortschritt ausgeschlossen, das hat sich auch der Herr von Zentrum überlegen, die auf das Christentum der größten Wert legen. Wir wollen die kulturelle Volksschule nicht in Gefahr bringen. Das

Beheimnisse und Wunder

Von Gertraud von Stofmann.

„Ist doch ihr Haar in zwei lange Zöpfe. Mit Gellie hat Mama doch recht.“ meinte sie nachdenklich. „Die konnte er wirklich nicht heiraten, die hatte nicht in unsere Familie.“

„Weshalb denn nicht?“ fragte Mari Schatz.

„Nun, sie war doch eine Ausländerin und hat keinen Namen und kein Geld. Außerdem glaube ich nicht, daß sie Engelbert liebt. Sie hat seine Reizung geweckt und angenommen, aber sie war nicht in der Lage, sie zu erwidern. Sie konnte und durfte es wahrscheinlich nicht, ganz abgesehen von Mamas energischem Widerstand gegen eine solche Partie.“

Mari war ganz sprachlos vor Erstaunen. „Wie kommt es denn auf diese Idee?“ fragte sie lebhaft.

Marie Luse lächelte. „Ich habe meine guten Gründe. Und du nennst mich die Schlafmütze, aber ich mache auch meine Beobachtungen. Ich rede nur nicht immer davon.“

„Aber Gellie kennst du doch nicht besser als ich.“

„Vielleicht doch, Mari, und das ist ganz natürlich. Ich fürchte sie. Vor deinem Schatzbild und deiner flinken Zunge war sie immer auf der Hut. Während ich, mit meiner angeborenen Gelassenheit und schmerzhaften Melancholie, ihr ganz ungeschäftlich erschien und sie dazu verleitet, die gelobte Vorstadt zu verlassen außer acht zu lassen. Ich denke mir, wenn man eine Rolle spielt, kann man sie nicht immer und unter allen Umständen durchführen, man bedarf zuweilen auch der Aufmerksamkeit und läßt sich gehen, wenn auch nur für kurze Zeit. Bei Gellie trat dieser Rückschlag immer nur in meiner Gegenwart ein, nie in der deinen. Sie hatte auch Vertrauen zu mir, schon weil ich ihr im Alter am nächsten stand, und hätte sich vielleicht gern gegen mich ausgesprochen, aber sie wagte es nicht, und so blieb ich auf meine eigene Wahrnehmungen angewiesen.“

„Und was verriet dir diese?“

„Daß sie etwas zu verbergen hatte und von einer schweren Sorge, vielleicht sogar von einer Schuld, zu Boden gedrückt wurde.“

„Das hast du aber nie gesagt, nie angedeutet.“ meinte Mari vorwurfsvoll. „Du hättest doch Mama und mich gleich verständigen können.“

„Wozu?“ war die ruhige und ernste Erwiderung. „Ihr wäret gleich mit Feuer und Schwert bewacht gewesen, und Gellie tat mir leid, ich sollte sie nicht noch unglücklicher machen, als sie ohnehin war. Zu weis, sie verriet es nach Möglichkeit, über ihre Vergangenheit und ihre Verbindungen zu sprechen, und meinte, letztere wären alle tot, aber sie bekam doch zuweilen Briefe aus Brüssel, die sie wiederholt las, und danach sah sie müde, abgesehen und fast verzweifelt aus. Ich hatte ja auch keine Beweise, sondern nur Mutmaßungen, und ehe diese zu einer Gewißheit wurden, kam Mamas Ränke und Gellies unerwartete Abreise. Damit war jede Gefahr auch für Engelbert beseitigt, und es lag kein Grund vor, Mamas Groß und Mißtrauen gegen das arme Ding noch zu steigern.“

Mari stimmte ihr bei, bedauerte aber, daß Marie Luse ihre Beobachtungen nicht hatte länger fortsetzen können.

„Nun, daß sie fort ist, unsere schöne, sanfte Gellie.“ sagte sie, „dadurch ist die ganze fatale Angelegenheit aus der Welt geschafft. Doch ihr Geheimnis, wenn ein solches wirklich vorhanden war, hätte ich hern ergründet. Du mußt mit nachher noch mehr von deinen Beobachtungen erzählen. Die interessantesten Dinge stehen immer nur in den Büchern und Zeitungen; wir selbst erleben keine. Was aber Engelbert betrifft, so hat er sich eher getraut, als ich dachte. Mein Mißtrauen mit ihm war wirklich verschwunden. Zuerst war er sehr niedergeschlagen, aber jetzt hat er sich mit Gellies Verlust offenbar abgefunden, und ich begreife nicht, daß er nicht den geringsten Versuch machte, etwas über den Verbleib des jungen Mädchens zu erfahren. Erst wollte er sie zu seiner Frau machen, und dann gab er sie Mamas weiter, aber grausamer Willkür vollkommen preis. Ich begreife das nicht. Das Feuer, das so schnell verbricht, kann doch nur ein Strohflecken gewesen sein.“

„Über eine heilige Flamme, die heimlich weh brennt, von niemand gesehen.“ war Mari, auf lächelnd ein. „Engelbert ist viel verschlossener

als man denkt und vor weiß, welche Ueberrückung er uns noch eines Tages bereitet.“

Wie dem auch sein mochte, das Verhalten des jungen Offiziers war seit der Unterbrechung mit seiner Stiefmutter vollkommen einwandfrei. Er kam noch häufiger als sonst nach der Marienburg, und wenn er von dort auch zuweilen nach dem roten Turm hinunterabsteigte, um Ousel Eberhard zu besuchen, so blieb er doch niemals länger als ein halbes Stündchen und schied stets angeregt und beschiedigt zu den Tamen zurück.

Die Schatzin glaubte überhaupt, die Jäger in der Hand zu haben und den Schatzkoffer im selbstgewählten Fleck erhalten zu können. In Wirklichkeit war aber alles anders, als es ansah, und Graf Engelbert folgte einem höheren Gebot, als dem, das seine Stiefmutter in nüchternen Auffassung seiner Lage und praktischer Fürsorge für ihn aufgestellt hatte.

Nur Sobett ging bis zu einem gewissen Grade abmühslos auf ihre Intentionen ein und wäre vollkommen glückselig gewesen, wenn sie den Mut gehabt hätte, unbedingt an dieses Glück zu glauben. Mit einem Schlage sah sie sich nicht nur gebadet und wohlgekleidet, sondern innerhalb der Familie in den Mittelpunkt des Interesses gerückt, und ihr Selbstbewußtsein, das nie Gelegenheiten gehabt hatte, sich normal zu entfalten, hob sich unter diesen Umständen wie eine Blume, welche man aus dem Schatten in die Sonne verpflanzt. Sie wurde sicherer, heiterer, unbefangener, und wagte es, mehr und mehr herauszugehen, aber sie wurde nicht übermütig und eingebildet. Ihre Bescheidenheit, welche die eigene Persönlichkeit nie überhöhte, ließ sie immer wieder nach Gründen für diesen lässlichen Umstand suchen, und so nahm sie auch Engelberts huldigende Annäherung mehr mit schüchternem Staunen, als gläubiger Freude und offener Befriedigung entgegen.

Sobett verzichtete sich auch diesmal ganz passiv. Sie mochte den netten Stiefvater gern leiden und bewunderte ihn, wie man einen eleganten, flotten Bruder bewunderte. Sie hätte ihn auch ohne Widerspruch geliebt, um mit der Familie Turner noch enger verknüpft zu sein, wenn sie überzeugt worden wäre, daß sie zu

seinem Glück wirklich notwendig sei, aber sie liebte ihn nicht, und sein Verhalten ihr gegenüber enthielt Schwankungen und Widersprüche, die sie mit Worten nicht nachvollziehen konnte, obwohl mehr oder minder deutlich empfand. In Gesellschaft und in Gegenwart seiner Frau widmete er sich Sobett mit einer Wärme und Selbstverständlichkeit, die lehrte, seinen Anteil über seine Absichten hinaus, waren sie aber anders, fiel er in die Rolle des guten Freundes und Kameraden zurück oder umfing sie mit einer Fingeringeist, die ihn wortlos machte und die jungen Mädchen vollends rüffelhaft erfüllte. Allmählich steigerte sich dieselbe noch. Im Wunsch, ihre vertrauliche Mitteilung zu machen, sich offen gegen sie auszusprechen, zu mischen, mit der Zeit immer klarer hervor, und Sobett machte allerlei Versuche, ihn aufzuklären, aber nun war es Sobett, welches jedes längere Gespräch mit ihm verriet.

Der Gedanke, er könne jetzt, nach einem wenigen Wochen bereits mit einem Ehebündnis hervortreten, erschröckte und beängstigte sie. Ja, das über ihr ganzes Leben entschied, und sie schloß ihr gerade weil sie ihn nicht liebte, und die Ehe fürchte, verbrüht und gefährlich, und dererlei aber wollte sie ihm nicht gern erlauben, der ihm kränken und der ihm Töte geben konnte, und so kam die Liebe sich dahin, ihm, soweit dies möglich war, entgegenzuweichen.

Mit den anderen Herren, welche auf der Marienburg verkehrten, besonders mit einem Herrn v. Petermann war sie um so unbedingter und treuer, und in Gesellschaft seiner Kameraden schmeckten amüsierte sie sich auch. Denn Sobett, der sich nach dem warmen, weichen Kuscheln machen oder an ihnen warmen Kuscheln nach dem kalten, ungewohnten Berühren in ihrer geräuschvollen Weise mit dem Bewußtsein, lobend der Kreis sich aber wurde sie stiller und nachdenklicher, und der Sobett des Hauses erschien ihr wie ein glühender, jeden Augenblick in der Lage war, eine Bedrohung geltend zu machen.

(Fortsetzung folgt)

Letzte Nachrichten

Beizere 28.000 Tonnen

Berlin, 30. April. (R. V. Amtlich.) Im Spergebiet von England wurde der Handelsverkehr unterer Feinde durch die Besetzung von 28.000 T. schwer gestört. Den Hauptanteil an diesem Erfolg hat Oberleutnant A. E. Steindorf. Das von ihm beschlagnahmte Boot verlor im Kesselkanal allein sechs Dampfer mit zusammen 28.000 Tonnen. Alle Dampfer, darunter zwei Schiffe von je 5000 Tonnen, waren tief geladen und fast gesunken. Zwei Dampfer wurden auf Geleisen zertrümmert. Es kann mit Sicherheit angenommen werden, daß mit den Ladungen der versenkten Schiffe wiederum wertvolles Kriegsmaterial in großen Mengen für den Feind vernichtet wurde.

Ein kanadischer Ozeandampfer torpediert

Holthead, 30. April. (R. V.) Meldung des kanadischen Bureaus. Der kanadische Ozeandampfer „Orons“ (3075 Tonne) wurde torpediert und sank. 110 Passagiere sind gerettet. Drei Mann der Besatzung werden vermisst.

Seefriede hat Landkrieg

Köpen, 30. April. Die englische Presse befragt die Folgen, die es für den weiteren Verlauf des Krieges haben würde, wenn England mit dem Rücken gegen die Mauer der Feinde kämpfen und die englische Flotte auf die Schiffe gebannt werden würde. Die englische Presse findet dies für den Endzweck der deutschen Operationen, ist aber der Ansicht, daß eine solche Katastrophe noch nicht das Ende des Krieges bedeute. Die „Morning Post“ erklärt u. a.: Die Völkerei Amerikas und Englands, eine Generation hindurch das Meer zu beherrschen, unterliegt keinem Zweifel.

Deutschland und Holland

Berlin, 1. Mai. Die wir an gut unterrichteter Stelle erfahren, neben der deutsch-holländischen Verhandlungen einen günstigen Verlauf, so daß mit einem befriedigenden Abschluß in absehbarer Zeit gerechnet werden kann.

Beim Kaiser Karls im Großen Hauptquartier

Wien, 30. April. Die der Korrespondent der „Berliner Morgenpost“ schreibt, wird Kaiser Karl in der nächsten Zeit, vielleicht in etwa vierzehn Tagen, in Begleitung des kaiserlichen Hofmarschalls in das deutsche Große Hauptquartier reisen, um dem Kaiser zu besuchen.

dem nächsten, im ersten Friedensjahre stattfinden den allgemeinen deutschen Turntage verschoben worden sei. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen forderte man die Einigung aller deutschen, selbständigen betriebsfähigen Verbände zu gemeinsamer Arbeit in der körperlichen Ausbildung der Jugend. Ein Antrag auf Vornahme der Neuwahl des geschäftsführenden Kreisamtschusses durch den Kreisturntag in Mainz wurde abgelehnt. Die Mitglieder bleiben bis zum ersten Friedens-Kreisturntag im Amt. Die Ersatzwahlen für die durch Tod und Amtüberlegung ausgeschiedenen Mitglieder ergab folgenden Resultat: Gewählt wurden durch Jurausweisung: zum ersten Kreisturntag der bisherige zweite Kreisturntag Weimarer Kreis. R. A. H. (Gadenberg), zum zweiten Kreisturntag der Gau turntag für Rheinische Grotz Frey (Mainz), zum Kreisgeschäftsführer der Bezirksvereine des Taunusgaukreises Kaufmann G. Köhler (Niedelheim) und zum Schriftleiter der Kreiszeitung Redakteur Schmitt (Wien). Weitere Beschlüsse betreffen Erhöhung der Kreissteuer auf 20 Bg. pro Mitglied, Ausdehnung der Steuerpflicht auf turnende Frauen und Mädchen, Vereinfachung der zum Kreissteuer einberufenen Mitglieder von der Kreissteuer, Einleitung des Kinderkreises in fünf aus verkehrsgeographisch zusammengehörigen Gauen bestehende Verbandsgruppen mit selbständigen Verbandsturntagen an der Spitze, Ausgestaltung des Fraueturnens und des Jugendturnens und der Jugendpflege.

Quisburg, 27. Die hiesige Strafkammer verurteilte den Kuffaher der „J. E. G.“ Johann Berger für die Raub wegen Kontenabrechnung zu 12.000 Mark Geldstrafe. Berger hatte, trotzdem ihm die Einbürgerungsgesetze vom Landrat entzogen war, weiter Waren aus Holland über die Grenze geschafft.

Preis. Der rheinische Landtag in Greis nahm einstimmig die Vorlage für Erhebung einer Ledigensteuer an. Danach erhöht sich für unverheiratete, verwitwete oder geschiedene oder dauernd von ihrem Ehegatten getrennt lebende Steuerpflichtige der Steuerbetrag bei Einkommen von 4500—8000 Mark um 5 Prozent, bis 12.000 Mark um 10 Prozent, bis 18.000 Mark um 16 Prozent, bis 24.000 Mark um 20 Prozent, bis 30.000 Mark um 25 Prozent, bei Einkommen über 30.000 Mark um 30 Prozent.

Salzberg. Ein Bericht von 100 Prozent im Salzhandel normal. Hier hatte der Kaufmann Ludwig Fischer, Inhaber einer weit verbreiteten Salzhandlung, beim Wiederverkauf eines aufkauften Salzlagers einen Ueberverdienst von 140.000 Mark erzielt. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß im Salzhandel 100 Prozent Verdict unzulässig seien. Der Angeklagte wurde, da er noch höhere Zuschläge gemacht hatte, wegen übermäßiger Preissteigerung zu 80.000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Regensburg. Um einen toterischen Dampferverkehr auf der Donau zu ermöglichen, wurde vor einigen Monaten die Möglichkeit geprüft, die Dampfer zu nächsten Fährten mit Schiffsverwerfen auszustatten. Nach mehreren Versuchen ist es dem Dampfer „Gib“ gelungen, mit drei tiefbeladenen Schleppern mit zusammen 770 Tonn für Deutschland bestimmten Automobilen, Weis und Stroh eine vollständig gelungene Scheinverfahrfahrt Wien—Regensburg durchzuführen, wobei die schwierigen Fährten nachts mit voller Sicherheit passiert werden konnten. Nach Uebernahme von zwei mit deutschen Kohle beladenen, für Rumänien bestimmten Schleppern wurde von Regensburg aus die Fahrt angetreten. Nach nicht ganz fünfzigstündiger Abwesenheit lief die „Gib“ wieder Wien an. Die in 80 Stunden von Wien nach Regensburg durchgeführte Verfahrfahrt, für die normale Zugkraft unter gleichen natürlichen und Neumond-Verhältnissen die doppelte Reisedauer benötigten, beweist, daß Nachfahrten auf der österreichischen und bayerischen Donau selbst unter schwierigen Verhältnissen mit voller Sicherheit durchführbar sind. Dieser bisher selbst von Fachleuten bezweifelte Erfolg der Scheinverfahrfahrt ist für die ganze Zukunft des Donauverkehrs, insbesondere aber für die demnächst beginnende Verjüngung Deutschlands und Oester-

reichs-Ungarns mit ukrainischem Getreide, von größter Bedeutung. Es ist noch zu bemerken, daß die Dampfer und Schleppboote auf dieser Strecke unbedeutend sind, da die Schleppboote in dem Donaustrombett fast dieselbe nautische Orientierung wie das Tageslicht bieten.

Garnis gegen Deutschland

Lugano, 30. April. Dem „Matin“ zufolge hielt der in Berlin so gefeierte Feldherrnführer Garnis im New Yorker Metropolitan-Theater eine Rede, in der er dank der Waffenhilfe Italiens und Amerikas die völlige Zerstörung der deutschen Barbaren prophezeite. Ungeheurer Beifall antwortete ihm.

Rußlands rote Fahne in Berlin

Berlin, 1. Mai. Die kaiserlichen russischen Adler sind von dem Gebäude der russischen Botschaft in Berlin geküsst heruntergeholt und die rote Fahne der russischen Republik auf dem Dach aufgezogen worden. Freitag wird die Botschaft von den Russen wieder bezogen werden.

Hungerrevolten in Rußland

Stockholm, 30. April. Die eingetroffene russische Zeitungen berichten, daß in Rußland Hungerrevolten stattgefunden haben. Am 4. April sammelte sich eine gewaltige Menschenmenge vor dem Zirkus in Petersburg an und verlangte eine Änderung der Lebensmittelverteilung. Am 5. April wurde der Belagerungsstand erklärt. Alle Zusammenkünfte sind verboten. Nach dem 5. April fanden in Petersburg zahlreiche Plünderungen statt. Das Haus Remontaja 41 wurde geplündert, ebenso das Büro einer bolschewistischen Zeitung am Katarinen-Kol 72.

Unterstützungen Bräutungen

Wien, 30. April. Das rumänische Kriegsministerium unterstützt die Unterstützungen Bräutungen in Höhe von elf Millionen bei anlässlich des Kaufs eines russischen Depots.

Die Waffier in Genua

Lugano, 30. April. Der „Avanti“ gibt zu erkennen, daß die in Genua am 1. Mai in Kraft tretende Verjüngung der Bräutungen auf 20 Gramm der Waffier den besonderen Stempel auftrifft, um so mehr, als die Genua der meisten Arbeiter um Erhöhung der Bräutungen unberücksichtigt geblieben sind, weil sie zu spät eingereicht waren.

Aus der Provinz

St. Goarshausen, 29. April. Eine aufsehenerregende Verhaftung erfolgte heute 6 Uhr am dem hiesigen Staatsbahnhof. Die Gendarmen vor einem Schleichhändler auf der Spur, der sich selbst in geschickter Weise seiner Verfolgung zu entziehen wußte, bis ihn gestern das Gewehr ergriff. Waffenhändler hatte gestern in Erfahrung gebracht, daß der Schleichhändler einen Sad Weinmehl exportieren wollte, und daß er sich in dem Frachtkoffer 641 Uhr befand. Seine Entdeckung ist ein solches Verbrechen, das sich nicht nur dem Gesetz, sondern auch der Menschlichkeit verstoßen. In diesem Augenblick zog der Verhaftete einen Revolver hervor und gab zwei Schüsse auf den Beamten ab. Der eine Schuß ging durch die Schulter und der andere traf ihn am Hals, einem Ehrenmännchen ging eine Kugel durch die Kehle. Dem Amtsgerichtsbeamten zugeführt, suchte sich der verhaftete Schleichhändler zu erheben, wurde aber daran verhindert. Es handelt sich um den hiesigen Weinmehlhändler Gruber aus Köln, der auf der Verhaftung in Troisdorf beschuldigt ist. Seitdem schleichhändlerischen Treiben wüthet er durch das Tragen seiner Feuerwaffe in einem verurteilten Hinführung zu geben. Er ist, wie das „Köln. Tagbl.“ meldet, gebürtiger Oberlehrer.

al. Vom Rhein, 30. April. Dem am 1. Mai in den Rheinland treitenden Kreisaußschußes, Herrn Hausdörfer zu Hocht, wurde der Rote Adlerorden 4. Klasse verliehen. — In der letzten Zeit sind wieder bei der hiesigen Polizei unterrichtungslose Angelegenheiten eingegangen, die von vornherein den Stempel der Gefährlichkeit und Unwahrheit an sich tragen. Genannte Polizei läßt solche anonyme Schleichhändler einfach in den Papierkorb wandern und wagt nicht den Mut besitzt der Polizeiverwaltung seinen Namen zu nennen, aber den so lange es gewährt, Verwirrung verbreitet wird, kann sich gefast machen, daß falls der Denunziant sich auf Verleumdungen schuldig gemacht hat, nach Ermittlung seiner Person gefolgt wird. — An dem hiesigen Adelshaus trieb die Leiche eines neugeborenen Kindes weiblichen Geschlechts an, die schon einige Wochen im Wasser gelegen haben mag. — Der Fabrikarbeiter Karl Schöffler in Höchst-Linterlebach, der am 5. Juli den Wilhelm Engel von dort unter eigener Lebensgefahr vom Tode des Entzündens gerettet hat, wurde durch den Herrn Regierungspräsidenten öffentlich belobt.

h. Höchst, 30. April. Der Abschluß der hiesigen Werke weist für das Geschäftsjahr 1917 nach Abschreibung von 19.161.303 Mark (im Vorjahr 12.011.388 Mark) ein Gewinnergebnis von 25.179.968 Mark gegen 24.227.445 Mark im Vorjahr aus. — Der Aufsichtsrat beschloß der Generalversammlung eine Dividende von 18 Prozent (gegen 25 Prozent im Vorjahr) auf das auf 10 Millionen Mark erhöhte Aktienkapital vorzuschlagen.

h. Frankfurt a. M., 30. April. Die ersten Cronberger Treibhaus-Erdbereen sind in den hiesigen Treibhauskulturen ausgekelt. Das Pfund kostet 20 Mark. Trotz des „Leberpreises“ fanden die Beeren ihre Liebhaber. Im Jahre 1917 konnte man die ersten Erdbereen noch für 6 Mark das Pfund kaufen.

Limburg, 30. April. Die Landeskammer hielt gestern eine Vollversammlung ab, in welcher der bisherige Vorstand, bestehend aus den Herren Th. Kirchberger-Beilburg, Vorsitzender, Kommerzienrat Schmitt-Niederlahnstein 1. Stellv. Vorsitzender, Karl Kirchbach-Limburg 2. Stellv. Vorsitzender wiedergewählt wurde. Es wurde ferner beschloffen, wie in früheren Jahren so auch für das Geschäftsjahr 1918/19 einen Beitrag von 10 Prozent der Gewerbesteuer zu erheben.

al. Hadamar, 30. April. Die Schülerzahl des hiesigen Königl. Gymnasiums ist zurzeit auf 200 gesunken. — Sonntag den 5. Mai nachmittags 3 Uhr findet in der neuen Aula des hiesigen Gymnasiums zum Behen der Nationalität für die Unteroffiziere der im Kriege Gefallenen ein Konzert des „Königlicher Fräulein“ statt. Der erste Teil des Konzerts bringt geistliche, der zweite Teil weltliche Lieder zu Gehör. — Seitens der

türkischen Herrschaft wurden den beiden von hier gebürtigen Kriegern, die in Bagdad kämpften, die türkische Kaiserliche Medaille und die türkische Medaille, der Daimond verliehen. — Dem Vernehmen nach geht das hiesige Schlosshaus mit dem 1. Mai in den Besitz des Inhabers des Schlosses, Herrn Otto Wust über. — Wohnhaus mit Garten des Amtsrichters R. C. mann, gelegen auf der alten Gasse, hinter wurde von Herrn Oberlehrer Wust für den Preis von 23.000 M. käuflich erworben.

Die Hindenburg-Brücke bei Hildesheim-Bingen
Berlin, 30. April. (R. V. Amtlich.) Der Kaiser hat an den Kronprinzen folgendes Telegramm gerichtet:

„Er. Kaiser u. Königl. Hoh. dem Kronprinzen. Es ist mir eine große Freude, dir mitteilen, daß ich heute befohlen habe, daß die Rheinisch-Hildesheim-Brücke bei Bingen, welche in großer Zeit erbaute, der Landesregierung wichtige Dienste leisten soll, den Namen Kronprinz-Wilhelm-Brücke führen soll. Die Verwaltung der preussischen Staatsbahnen, welche mir den Vorschlag gemacht hat, will dadurch dankbar deinen Namen als Beschützer vereinen.“
Die gleiche Ehrung hat Er. Maj. der Kaiser dem Generalleutnant v. Hindenburg zu teil werden lassen, indem er die neue Rhein-Brücke bei Hildesheim nach ihm benannte, und den ersten Generalleutnant General der Infanterie Lubendorf, dessen Namen die Rheinbrücke bei Remagen tragen soll.

Aus Wiesbaden

Rathaus-Mai-Programm

Das Mai-Programm der Kurverwaltung ist erschienen und gelangt für Interessenten an der Tagesloose im Kurhaus sowie im Verkehrsbüro kostenfrei zur Anschauung. Aus dem reichhaltigen Inhalt seien an besonderen Veranstaltungen hervorgehoben: Am Donnerstag, den 2. ein Operetten- und ein Ballet-Abend, am Samstag, den 4. ein Unter-Portrags-Abend des Kgl. Hoftheaters, Hofkapellmeister Max Hofbauer, am Montag, den 6. zu Ehren des Geburtsfestes Er. Kaiser, und Königl. Hoftheater des Kronprinzen des Deutschen Reiches ein Fest-Konzert, am Donnerstag, den 9. (Himmelfahrt) ein Richard Wagner-Konzert, am Montag, den 13. ein großes Sonders-Konzert, welches die Veranstaltung von Gustav Mahler's 3. Symphonie für großes Orchester, Klavier, Frauen- und Knabenchor bringt, es folgt am Donnerstag, den 16. ein Vortrag des Herrn Dr. Wolf von Waldsmidt über das Thema „Die Ukraine“ mit Vorführung von Filmbildern, am Samstag, den 18. ein deutscher Oper-Abend und im kleinen Saale ein Vortrag. Am Sonntag, den 19. ein Fest-Konzert, welches den Herrn Karl Heine Dill: „Ernst und Belter aus eigenem Werk“, am Montag, den 20. ein Symphonie-Konzert, am Freitag, den 24. ein großes Sonders-Konzert unter leitender Mitwirkung des Herrn Kammerorgels Heinrich Hensel, Hamburg-Neuenhagen (Apostel) und am Freitag, den 26. ein Romantischer Abend. Am 27., 17. und 27. werden beide Abonnementkonzerte von der verklärten Kammerkapelle ausgeführt. Die Konzerte am Sonntag sind nunmehr aus der Halle in die Anlage verlegt und finden täglich, an Sonntagen um 11 und Sonntags um 14 Uhr statt.

Ausstellung Mütter und Säugling

Dieser Tage sprach in der Aula des Gymnasiums hier Rechtsanwalt v. J. J. über „Mutter und Kind im bürgerlichen Recht“. Der Vortragende wies einleitend darauf hin, daß sich auch unter den Gebildeten und Bildungstuchenden aller Kreise noch heute, 18 Jahre nach Einführung des einheitlichen Rechts in Deutschland, eine ungewöhnliche Unkenntnis der familienrechtlichen Bestimmungen feststellen lasse. Er betonte darauf die hauptsächlichsten Grundlinien der Vorschriften über das Verwandtschaftsrecht des B. G. B. und sprach ausführlich über die verschiedenen Rechtsbeziehungen, zunächst der ehelichen, dann der unehelichen Mutter zu den Kindern, wobei natürlich auch alle weiteren damit im Zusammenhang stehenden familienrechtlichen Fragen eine möglichst allgemeine verständliche kurze Darlegung fanden.

Vom Königl. Gymnasium

Das humanistische Gymnasium im Begl. den Plan, des Gedächtnis an seine früheren Schüler, die ihr Leben für das Vaterland hingegen haben, durch Ehrennadeln und durch die Bildnisse der jungen Helden bei den kommenden Gedenktagen lebendig zu erhalten. Es werden deshalb die Angehörigen der Gefallenen gebeten, deren Photographien an Herrn Geh. Studienrat Dr. Lohr (Rheinstraße 30) einzuliefern.

Frauenhaar-Sammlung

Durch Bekanntmachung vom 15. März 1918 sind sämtliche Frauenhaare, soweit sie nicht im Besitz der Sammlerinnen selbst sind, bekanntgemacht. Diese ist die Veranlassung von Frauenhaaren im freien Kreis der Veranlassung worden. Eine Veranlassung und Veranlassung von Frauenhaaren ist nur noch an die deutsche Frauenhaar-Sammlung vom Herrn Kreis und einige wenige Firmen gestattet. Für den Regierungsbezirk Wiesbaden zuständige Sammelstelle der deutschen Frauenhaar-Sammlung vom Herrn Kreis ist deren Aussch. Schöb, Wiesbaden, rechts. Die hiesige Sammelstelle sagt, es ist unbedingt notwendig, daß Frauenhaare für Deutschland in. Wenn auch aus der Stadt Wiesbaden durch die Frauenhaar-Sammlung für den Regierungsbezirk Wiesbaden, Schöb, Wiesbaden, rechts, bereits ansehend im Jahre der zentrale für Deutschland zugestimmt worden sind, so ist dennoch für die Zukunft nach der Mitteilung der Kreisverwaltungs-Abteilung ein noch viel größeres Sammeln auch der kleinsten Mengen Haare dringend notwendig. Das Opfer, das von den Frauen und Mädchen verlangt wird, ist wirklich nicht groß, und steht in keinem Verhältnis zu dem Nutzen, den jede einzelne Frau dem Vaterland bringt, wenn sie ihr abgeschnittenes Haar sammelt und abgibt. Durch den Sammel- und Veredlungs der Schöb, durch die der Frauenhaar-Sammlung angelieferten Frauen- und Jungfrauenhaare, und schließlich durch Veranlassung der gesammelten Haare in der Gedenkstätte der Frauenhaar-Sammlung, Schöb, Wiesbaden, rechts, Nummer 210, vormittags von 11—1 Uhr, können die gesammelten Haare ihrem Zweck zugeführt werden. Vereint und Sammel- und Veredlungs erhalten von der Frauenhaar-Sammlung vom 1. April 1918 ab 10 Mark für das Kilogramm Haare. Der Erlös, der aus den Haaren erzielt wird, welches in der Gedenkstätte des Schöb abgegeben wird, fließt ohne Abzug dem Herrn Kreis zu. Ein Satz Treibhaus und eine Probe des für den Treibhaus so wichtigen Oeltrübendes sind zur Zeit in dem Geschäft der Goldschmiede ausgestellt.

Ein Lehrer-Jubiläum

Am 1. Mai hat Lehrer G. P. 10 durch vierzig Jahre im Schuldienste der Stadt hiesig.

Der Spinn ist vom Markte verschwunden
Wie es viele voraussehen hatten, so ist es gekommen. Kann man die Gekochten für die verschiedenen Gemüsen in der Zeit getreten, so geht auch schon der Wochenmarkt das alte Bild. Die Gemüsen, die bisher in reichlicher Fülle

Aus aller Welt

Mainz, 29. April. (27. Mittelsch. Kreisturntag.) Die Rheinische Turnkreise Mittelrhein veranstaltete gestern hier seine erste Kreisversammlung. Anwesend waren 16 Gauvertreter, 22 Gauvertreter und 234 Abgeordnete aus 185 Turnvereinen des Kreises. Nach dem Berichte des ersten Kreisvertreeters, Schulrat Schmitt (Darmstadt), folgte des Krieges die Zahl der Turner des Kreises erheblich zurückgegangen, nämlich von 14.929 am 1. Januar 1914 auf 9.243 am 1. Januar 1917. Die Abnahme der Zahl der Turner des Kreises 1917 (von 23.185 in Jahre 1914 auf 9.243 im Jahre 1917) 57.182 Turner des Kreises werden zum Heeresdienst einberufen. Die Zahl der turnenden Frauen und Mädchen ist von 5109 auf 2165 gesunken. Der Bericht der Gauvertreter, Schulrat Schmitt, der deutschen Turnerschaft zum Reichsausschuß für Jugendweckung und zum Jungdeutschlandbund. Zum Zwecke gemeinsamer Arbeit sei die Kreisleitung mit dem Reichsausschuß und der Sportvereine für Leichtathletik in Verhandlungen eingetreten. In der Besprechung des Berichtes wurde Einspruch gegen die Beschlüsse der vorjährigen Tagung der deutschen Turnerschaft in Mainz erhoben, da nach dem Grundgesetz der deutschen Turnerschaft bindende Beschlüsse nur durch einen ordnungsgemäß einberufenen deutschen Turntag gefaßt werden können. Der Kreisvertreter machte die Mitteilung, daß dem Vorstand der deutschen Turnerschaft in Mainz kürzlich in Berlin abgehaltenen Sitzung der Ausführung der Mainzer Beschlüsse bis nach

Standsamts-Nachrichten. Am 25. April: Hochal-
ter, 28 Jahre alt. Am 26. April: Anna Wen-
der, 2 Jahre alt; Katharina Prescher, 14 Jahre
alt; 44 Jahre alt; Wilhelm Pösch, Eisenbahnkellner,
54 Jahre alt; Wilhelm Kless, Kaufmann, 54 Jahre
alt; Friedrich Kramer, 1 Jahre alt. Am 27. April:
Elisabeth Hüls, 15 Jahre alt; Frau Johanna
Nayer Witw. geb. Schneider, 71 Jahre alt. Am
28. April: Kanneliese Schmidt, 2 Jahre alt.

Kunstnotizen

Theater. Ab heute Mittwochs beginnt das sensationelle Detektiv-Abenteuer „Das amerikanische Duell“, verfasst und inszeniert von Datto Piel, zur Erstaufführung. Die in diesem spannenden Detektivstück vorkommenden Verwicklungen und gefährlichen Situationen grenzen an das Unglaubliche und setzen den Zuschauer in höchsten Erstaunen. Das reizende Lustspiel „Elli und der Herr“ mit Sarg von Blondel in der Hauptrolle, hat die heiterste Stimmung hervor.

Aus dem Vereinsleben
 St. Elisabeth-Verein. Am Donnerstag
 den 2. Mai: Sitzung 3.30 Uhr.
 St. A. D. Freitag von 4—5 Uhr: Bibliothek

A detailed black and white illustration of a steam locomotive pulling a passenger train. The locomotive is at the front, emitting smoke from its chimney. It is pulling several passenger cars with large windows. The train is on a set of tracks that recede into the distance. The background shows a simple horizon line with some clouds.

□□

Reisebüro RETTENMAYER,
Kaiser Friedrich-Platz 2 — Telefon: 242 - 2370

Kaiser-Friedrich-Platz 2 - Telefon: 242 - 2376

Die Beerdigung findet am Freitag, den 3. Mai 1918, nachmittags 4 Uhr und das Totenamt am Samstag, morgens 7 $\frac{1}{2}$ Uhr statt.

Schiffbek-Hamburg, den 29. April 1918.

Die Beerdigung findet in aller Stille statt; die Exequien in der Pfarrkirche St. Bonifatius am Samstag, 4. Mai, vormittags 9.15 Uhr.

Das Totenamt findet statt: Freitag, 17. Mai,
vorn. 7.15 Uhr in der Pfarrkirche zu Winkel.

Die Deputation für die Wasser- und Lichtwerke und der Magistrat haben deshalb beschlossen, das vorläufige feste feste Preise für die Ausführung von Hausanschlüssen veröffentlicht, sondern dass vom 1. April ds. J. ab die Hausanschlüsse nach Zeit und Material zuzüglich 15% Verwaltungs- kosten berechnet werden sollen.

Groß-Küchen-Einrichtungen.

— Eintritt frei! —

Hilfsfeld bei Höhr,
Pension Rosenow.

ich achte In

Notes

Drei Petro[®]-Dampfen, ei

Getrol. Dien zu verkon
Eisenbogengasse 211., Wilm
Gänge 5. Rimm. Johann

im Erdgr. **Dorkstraße 2**
alsbald zu vermieten. Nähe

bei Bierfisch.

11

Langgasse 1-3

Eintrittspreise: 1.—10. Reihe 2 M., 11. bis letzte Reihe 1 M., Galerie 50 Pf. (Sämtl. Plätze num.)

Stadt Kurverwaltung.

h-Konfektion u

Die Kieselsteine - Messungen

1890
